



Positionen

Informationsblatt der SPD Berliner Mitte Ausgabe 10

Wie sind Sie versichert?	2
Städtepartnerschaften und Reisen	3
Das Bildungspaket – ein Ladenhüter	4
Europa auf den richtigen Weg bringen	6
Trotz alledem und alledem ... Am Grundstein der Demokratie. Die Revolution 1848 und der Friedhof der Märzgefallenen	7
Nachnutzung Flughafen Tegel – eine Chance für Berlin	8
„Eine Parteireform ersetzt nicht gute Politik“	9
Das Landesdenkmalamt zeigt sich überfordert Zur Blockade der Rekonstruktion des Glienicker Schlosses im Geiste des Denkmalschutzes	12

„Wie sind Sie versichert?“

Die Frage „Sind Sie versichert?“ könnte ich ja noch verstehen, denn die medizinischen Dienstleister müssen ja auch zu Ihrem Geld kommen. Aber durch die Beantwortung der Frage „Wie?“, ob gesetzlich oder privat, bekommt man ganz schnell den persönlichen Wert eines Menschen im Medizinwesen zu spüren. Als Sozialdemokratin war ich immer der Meinung: „Versichere Dich in einer gesetzlichen Krankenkasse, zeige dich solidarisch.“ Spätestens aber bei der Beantwortung „Wie?“ bekomme ich da so meine Zweifel, denn wochenlanges Warten bei Fachärzten oder Spezialuntersuchungen können doch nicht der Lohn dafür sein, dass man sich freiwillig gesetzlich versichert und das noch mit einem höheren Beitrag als bei den Privaten!?

Und genau an diesem Punkt möchte ich mich ausdrücklich für den Grundlagenbeschluss des SPD-Präsidiums vom 11.04.2011 für eine Bürgerversicherung bedanken.

Die Zwei-Klassen-Medizin muss ein Ende haben. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen gleich gut versorgt werden, dazu brauchen wir eine gerechtere Finanzierung der Kassen. Durch die Bürgerversicherung müssen Alle zur Finanzierung beitragen. Eine bessere Qualität in der gesundheitlichen Versorgung soll durch mehr Prävention erreicht werden. Alle Menschen müssen eine Teilhabe an den modernen medizinischen Standards haben.

Die Zwei-Klassen-Medizin muss ein Ende haben.

Wir brauchen eine gerechtere Finanzierung der Kassen.

Liane Ollech, MdB

Städtepartnerschaften und Reisen

Städtepartnerschaften der Stadt und seine Bezirke gehören seit Jahrzehnten zum politischen Alltag. Ihre Funktion beinhaltet die Repräsentation Berlins, den Ausbau der Völkerfreundschaft, den kulturellen Austausch, wirtschaftliche Kontakte und den Erfahrungsaustausch zu stadtpolitischen Themen.

Mit 17 Städten verbindet das Land Berlin Städtepartnerschaften, beginnend mit Los Angeles seit 1967. Die „jüngste“ Städtepartnerschaft wurde im Jahre 2000 mit London abgeschlossen. Weitere Partnerstädte sind Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Istanbul, Jakarta, Madrid, Mexiko-Stadt, Moskau, Paris, Peking, Prag, Taschkent, Tokio, Warschau, Windhuk.

Viele Partnerschaften wurden auch auf Bezirksebene vereinbart. Die Nachfrage nach weiteren Kooperationen ist vorhanden, denn die Vernetzung zwischen großen Städten gewinnt zunehmend an Bedeutung. Besonderes Interesse gilt den Wirtschaftskontakten, dem Austausch im Wissenschafts- und dem im Kulturbereich. Die Themen Klima, Energie, Verkehr und nachhaltige Stadtentwicklung spielen ebenso eine wachsende Rolle wie gemeinsame Aktivitäten von Jugendlichen für die Verständigung zwischen den Völkern und gegen Rassismus. Es ist leider nicht möglich, alle Partnerschaften mit dem „gleichen Leben“ auszufüllen. Nicht alle Vorhaben können realisiert werden. Probleme bei der Organisation, der Finanzierung oder der interkulturellen Verständigung müssen überwunden werden. Dennoch leben bezirkliche Partnerschaften und viele der Partnerschaften auf Berliner Ebene stark vom bürgerschaftlichen Engagement. Auf bezirklicher Ebene und in der Zusammenarbeit zwischen Partnerschaftsvereinen können Hindernisse überwunden werden. Idealerweise werden solche Beziehungen dann auch von den Verwaltungen und den Partnerschaftsvereinen gemeinsam getragen, wie das Beispiel Istanbul 2009 zeigt.

Gegenseitige Besuche auf politischer Ebene gehören zu einer guten Partnerschaft. Entsprechend pflegt auch das Präsidium des Abgeordnetenhauses die Kontakte, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Die intensivsten Kontakte bestehen zur Partnerstadt Moskau.

Im fast jährlichen Wechsel werden Besuch und Gegenbesuch unternommen und Präsident Walter Momper wurde kürzlich in Moskau für seine persönlichen Verdienste um diese Partnerschaft, die längst eine Freundschaft ist, geehrt. In mehrfachen Diskussionen wurden in unserem Hause geplante Reisen des Präsidiums - Reisen von Ausschüssen schließe ich da mit ein - angesprochen. Frei nach dem Motto „je weiter, umso lieber“ übte man intensive Kritik an den Vorhaben. Dabei wurden meist nicht die thematischen Schwerpunkte der geplanten Reisen kritisiert, es war eine generelle Ablehnung mit dünnen, oftmals populistischen Argumenten. Vielleicht ist es aber auch so, dass vielen Mitgliedern des Hauses nicht ausreichend bekannt ist, welche Erfahrungen und Ergebnisse solche Kontakte und Reisen für unsere Stadt und unsere Arbeit erzielen? Gern stehen die Mitglieder des Präsidiums bereit, um über die positiven Ergebnisse zu berichten oder auch Anregungen der Parlamentarier aufzunehmen. Internationale Partnerschaften und Vernetzungen - auch diese Aktivitäten machen die Vielfalt Berlins aus und sind für die politische Arbeit unseres Hauses eine Bereicherung.

Karin Seidel Kalmutzki

Mit 17 Städten verbindet das Land Berlin Städtepartnerschaften.

Die Vernetzung zwischen großen Städten gewinnt zunehmend an Bedeutung. Besonderes Interesse gilt den Wirtschaftskontakten, dem Austausch im Wissenschafts- und dem im Kulturbereich.

Gegenseitige Besuche auf politischer Ebene gehören zu einer guten Partnerschaft.

Vielen Mitgliedern des Hauses ist nicht ausreichend bekannt, welche Erfahrungen und Ergebnisse solche Kontakte und Reisen für unsere Stadt und unsere Arbeit erzielen.

Das Bildungspaket – ein Ladenhüter

Es ist ja so gut gemeint: die Kinder aus sozial schwachen Familien sollen die Möglichkeit erhalten, an Schulausflügen und Klassenfahrten teilzunehmen, ein Mittagessen und Nachhilfe zu bekommen, in Sportvereinen und bei Musikschulen mitzumachen, auch Schulmaterial wird finanziert. Kein Kind soll darunter leiden, dass im Elternhaus das Geld knapp ist und Bildungsangebote nicht bezahlt werden können.

Alle sollen an den Angeboten der Schulen und Kitas teilhaben können.

Alle sollen an den Angeboten der Schulen und Kitas teilhaben können.

Allein in Berlin sind etwa 201.000 Kinder berechtigt, davon zu profitieren. 80 bis 110 Millionen Euro stehen bereit. Schon werden zusätzliche Stellen eingerichtet, um in den Jobcentern, Jugendämtern, Schulen und bei den freien Trägern den erwarteten Ansturm der Bildungshungrigen zu bewältigen.

Von Ansturm kann keine Rede sein.

Aber von Ansturm kann keine Rede sein. Was ist los? Warum wird das Bildungspaket nicht abgeholt? Seit April kann man Anträge stellen, Ende Mai lagen gerade mal 26.500 Anträge vor, also hatten 13 % das Gratisangebot in Anspruch genommen. Und die anderen 87 Prozent?

Wahrscheinlich ist das alles zu kompliziert, wahrscheinlich müssen stapelweise unverständliche Formulare ausgefüllt werden, so dass der Normalbürger/ die Normalbürgerin irgendwann entnervt aufgibt. Da ist vermutlich was dran, wenn man die Rahmenbedingungen für die Umsetzung betrachtet: unterschiedliche Stellen bewilligen unterschiedliche Leistungen. In der Tat müssen Antragsformulare ausgefüllt werden, aber die sind verhältnismäßig übersichtlich und dürften nicht das entscheidende Hindernis sein.

Ist das Bildungspaket nicht allen Anspruchsberechtigten bekannt?

Vielleicht ist das Bildungspaket nicht allen Anspruchsberechtigten bekannt? Allerdings gibt es einen Musterbrief der Senatsverwaltung für Bildung mit Datum vom 31. März, der die Eltern ausführlich informiert (4 Seiten!). Sollten wirklich 6/7 der Eltern den Brief nicht gelesen haben?

Das Interesse an dem Bildungspaket ist gering.

Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: das Interesse an dem Bildungspaket ist gering. Schon jetzt leistet das Land Berlin (Subvention des Schullehrens, Starterpaket) und die Jobcenter (Finanzierung von Klassenfahrten) ja vielfältige Unterstützung für Kinder aus Transferhaushalten. Neu sind eigentlich vor allem die Mittel für Nachhilfeunterricht und die Finanzierung der Beiträge für die Sportvereine und Musikschulen. Fehlt bei manchen Familien letztlich doch das Interesse? Ist ihnen nicht bewusst, dass sie die ausgestreckte Hand mit dem Gratis-Paket auch ergreifen müssen?

Von Anfang an haben die sozialdemokratischen Bildungspolitiker darauf hingewiesen, dass der Ansatz richtig, aber die Umsetzung falsch ist.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Nachfrage noch entwickeln wird, wie groß der Anteil der Familien ist, die das Bildungspaket annehmen und nutzen. Die Befürchtung, dass es ein Ladenhüter wird, steht aber im Raum. Von Anfang an haben die sozialdemokratischen Bildungspolitiker darauf hingewiesen, dass der Ansatz richtig, aber die Umsetzung falsch ist.

Die Verwaltung des bereitgestellten Geldes verschlingt etwa ein Fünftel der Summe, also mindestens 17 Millionen. Das könnte man zum großen Teil einsparen, wenn man das Geld direkt an die Schulen und Kitas geben würde. Die kennen die Kinder und wissen, wer Unterstützung braucht. Da kommt die Hilfe direkt an, ohne Umwege und

Man könnte das Geld direkt an die Schulen und Kitas geben.

überflüssigen Verwaltungsaufwand. Geht nicht, ist die Auskunft. Keine Kooperation zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen! Und so wird hier (wider besseres Wissen?) ein bürokratisches Monster aufgebaut, das dem Land, den Bezirken, den Schulen und allen weiteren Beteiligten jede Menge Arbeit beschert und viele neue, teure Arbeitsplätze erfordert, womöglich aber kaum nachgefragt wird. Wie heißt es so schön? Der Berg kreite und gebar ein Muslein.

Der Berg kreite und gebar ein Muslein.

Schade um die gute Absicht!
Schade um die vergebenen Chancen!
Schade um das nicht abgerufene Geld!

Wenn man bösartig wäre, könnte man ja auf den Gedanken kommen, mit der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets will die Bundesregierung nachweisen, dass ein Großteil der bildungsfernen Schichten auf Bildung eben einfach keinen Wert legen, selbst wenn sie gratis zu haben ist.. Denen ist einfach nicht zu helfen, denn sie leben nach dem Motto: „Bildung? Nein, danke!“

Gerade wenn das so ist, wenn einem Teil der sozial schwachen Familien die Bildungschancen ihrer Kinder nicht wichtig bzw. nicht wichtig genug sind (wie groß dieser Anteil ist, zeigt sich vielleicht tatsächlich an der Inanspruchnahme des Bildungspakets) wird deutlich, dass der Weg der Bundesregierung der falsche ist. Die Investition der bereit gestellten Millionen muss direkt in die Schulen und Kitas erfolgen. Wann wird das auch der Bundesregierung klar?

Renate Harant, Mda

Europa auf den richtigen Weg bringen

Europas Finanzen und Wirtschaftspolitik kommen nicht aus den Schlagzeilen. Damit verbunden ist die leidenschaftliche Diskussion: was bringt in dieser Situation eigentlich Europa den Menschen. Welchen Mehrwert gibt das große Europa seinen Bürgerinnen und Bürgern? Waren es vor zwei Jahren die unvorstellbaren Milliarden-Stützungssummen für die Not leidenden (?) Banken, sind heute die riesigen Summen in der Diskussion, um ins Wanken geratene nationale Haushalte zu stützen. Die Betrachtungsweisen scheinen dabei immer einfacher zu werden: auf der einen Seite werden ganze Völker zu großen Nutznießern von aus dem Ruder gelaufenen Haushalten gemacht, auf der anderen Seite stehen zunächst verwundert nun aber auch immer unverständiger und fordernder diejenigen, die Solidarität üben könnten, sollten und auch müssen. Um die differenzierte Betrachtungsweise zu umgehen, wird jetzt sehr schnell alles in einen Sack gesteckt, was aber gut getrennt und differenziert betrachtet werden muss. Immer wieder muss daran erinnert werden: es war und ist unser Ziel ein soziales Europa aufzubauen, während den Konservativen diese Dimension durch die immer klarer werdenden neoliberale Entscheidungsmechanismen endgültig abhanden gekommen ist.

Die europäische Einigung ist die Verwirklichung der großen Vision, auf unserem Kontinent und weltweit friedlich und zum Vorteil aller Menschen zusammenzuarbeiten und zu leben. Diese Vision hat beispielweise ungeahnte Kräfte in der Wendezeit in unserem Lande mobilisiert. Wenn wir jetzt den 50. Jahrestag des Berliner Mauerbaus begehen, dann wir auch daran erinnert, wie katastrophal diese geteilte Welt vor Jahrzehnten war! Das dürfen wir nie vergessen.

Wir in Deutschland haben viel Kraft und viele Impulse aus dem europäischen Einigungsprozeß erhalten. Jetzt, 20 Jahre nach dem Mauerfall, wird in neuen Dimensionen wieder Solidarität in Europa eingefordert. Das alles erfordert weit reichende Entscheidungen und setzt zugleich hohe Anforderungen an eine neue Europa verbindende, gerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das heißt auch: jetzt müssen vor allem auch diejenigen den Wagen ziehen, die bisher die wahren Nutznießer von schlechter Regierungsführung und unkontrollierten hohen Profiten waren. Denn Milliarden Gewinne haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentner, Leiharbeiter ua. wirklich nicht gehört.

Für die europäischen Institutionen ist es eine folgerichtige Verantwortung, jetzt nicht nachzulassen, die Vision des sozialen Europas zu verwirklichen. Durch weitsichtige Arbeit muss der Nachweis erbracht, dass für jeden und jede das europäische Haus die beste Heimstatt ist, dass es ein Haus ist, das auszubauen sich nicht nur lohnt sondern ohne Alternative ist.

Der Europarat, die Plattform für die gewählten Vertreter von über 800 Millionen Menschen aus 47 Ländern, hat sich auch aus diesem Grunde eine grundlegende Reform verordnet. Das Ziel ist: Der Wert der Arbeit muss für die Menschen nachhaltig erfahrbar sein. Dafür ist die Demokratie in den Kommunen und Regionen weiter voranzubringen, sind mehr Menschen in die politischen Entscheidungen einbeziehen, ist die Selbstverwaltung zu gewährleisten. Dieser Reformprozeß ist gerade jetzt notwendig, er ist eine riesige Herausforderung und setzt neue Maßstäbe. Und da ist es auch nicht unwichtig, dass das Land Berlin ab Juli mit dem Vorsitz der Europaministerkonferenz auch eine besondere Verantwortung für diese Reformprozesse in Europa erhält.

Was bringt Europa den Menschen?

Es war und ist unser Ziel ein soziales Europa aufzubauen.

Die europäische Einigung ist die Verwirklichung der großen Vision.

Jetzt müssen vor allem auch diejenigen den Wagen ziehen, die bisher die wahren Nutznießer von schlechter Regierungsführung und unkontrollierten hohen Profiten waren.

Der Europarat hat sich auch eine grundlegende Reform verordnet. Das Ziel ist: Der Wert der Arbeit muss für die Menschen nachhaltig erfahrbar sein.

Trotz alledem und alledem ...Am Grundstein der Demokratie. Die Revolution 1848 und der Friedhof der Märzgefallenen

Am 29. Mai 2011 wurde die Ausstellung zur Berliner Märzrevolution auf dem Friedhof der Märzgefallenen eröffnet. Die (März-) Revolution von 1848 steht in vielen Ländern Europas für Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit und Demokratie. Der Friedhof der Märzgefallenen, der versteckt im Volkspark Friedrichshain, direkt neben dem Krankenhaus Friedrichshain liegt, ist ein solcher Ort, der eigens für die Berliner Opfer der Revolution errichtet wurde. Die Frankfurter Paulskirche und die Bundesfestung in Rastatt verbindet man eher mit der Märzrevolution 1848 als den Ort, an dem die 255 Opfer der Barrikadenkämpfe in Berlin beerdigt wurden. Der Paul Singer Verein, dessen Vorsitzender ich bin, hat zusammen mit dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, der Stiftung Historische Kirch- und Friedhöfe und gefördert durch die Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin diesen versteckten Ort aus dem Dornröschenschlaf geholt. Unterstützt werden wir maßgeblich durch die Aktion 18. März, der man die Benennung des Platzes vor dem Brandenburger Tor in „Platz des 18. März“ zu verdanken hat.

Die Ausstellung „Am Grundstein der Demokratie“ besteht aus zwei Teilen: Vor dem Friedhof steht ein speziell für diesen Zweck umgebauter 30 Meter langer ehemaliger Seecontainer. Er dient als Ausstellungs-Pavillon und Infozentrum. Dort wird die Geschichte der Berliner Märzrevolution von 1848 in ihrem europäischen und nationalen Kontext erzählt. Bilder und Dokumente sowie Biographien der einzelnen Akteure und eine 10-minütige Multivision über die Barrikadenkämpfe lassen die ereignisreichen Tage, die die Welt veränderten, lebendig werden.

Ein akustischer Guide bringt Erinnerungen von „1848ern“ und Originaltexte aus der Zeit zu Gehör – zum Beispiel die Ansprache bei der Trauerfeier vom 22. März 1818 – und führt sodann über das Gelände des Friedhofes, zu den erhaltenen Grabstätten, zum Gedenkstein von 1848 und zur Skulptur des roten Matrosen von Hans Kies, der während der DDR-Zeit aufgestellt wurde.

Auf dem Friedhofsgelände dokumentiert eine rund um den Gedenkstein errichtete Ausstellungsrotunde mit einem Durchmesser von 22 Metern die bewegende Geschichte der Begräbnisstätte. Teils unveröffentlichte Fotos und Dokumente – darunter Spitzelfotos der Polizei aus der Kaiserzeit, von der Zensur abgeschnittene Kranzschleifen und konfiszierte handschriftliche Protestzettel von Demonstrationsteilnehmern – veranschaulichen die hohe symbolische Bedeutung des Friedhofes in den politischen Auseinandersetzungen. Am Ende des Rundganges ist Ihre Meinung gefragt: Sind alle Forderungen von 1848 erfüllt? Und: Was meinen Sie – wie sollte diese Gedenkstätte künftig gestaltet sein? Die Ausstellung im Volkspark Friedrichshain ist täglich 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei. Öffentliche Führungen werden mittwochs 16:00 Uhr und samstags 14:00 Uhr angeboten. Weitere Termine nach Vereinbarung. Infos/Führungen Tel. 030/21 47 27 23; info@friedhof-der-maerzgefallenen.de; www.friedhof-der-maerzgefallenen.de.

Der Friedhof der Märzgefallenen ist ein Ort für die Berliner Opfer der Revolution.

Der Paul Singer Verein hat diesen versteckten Ort aus dem Dornröschenschlaf geholt.

Im Ausstellungs-Pavillon und Infozentrum werden ereignisreiche Tage, die die Welt veränderten wieder lebendig.

Auf dem Friedhofsgelände dokumentiert eine Ausstellungsrotunde die bewegende Geschichte der Begräbnisstätte.

Wie sollte diese Gedenkstätte künftig gestaltet sein?

Der Eintritt ist frei.

Nachnutzung Flughafen Tegel – eine Chance für Berlin

Im Juni 2012 wird der Flughafen Tegel mit Eröffnung des neuen Großflughafens Berlin-Brandenburg in Schönefeld geschlossen. Der neue Großflughafen ist das wichtigste Infrastrukturprojekt Berlins und wird für den Wirtschaftsstandort Berlin von entscheidender Bedeutung sein. Nur durch die Schließung von Tegel und Tempelhof war der neue Flughafen genehmigungsfähig und nur so kann ein Drehkreuz entstehen und damit viele Interkontinentalverbindungen ermöglichen.

Umso wichtiger ist, dass für den Flughafen Tegel eine optimale Nachnutzung gefunden wird. Hierzu hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit Hilfe von mehreren Standortkonferenzen ein tragfähiges Nachnutzungskonzept realisiert. Auch die SPD Reinickendorf, die IHK und andere Organisationen haben Vorschläge gemacht. Mit Verabschiedung des Flächennutzungsplanes für Tegel im Berliner Abgeordnetenhaus wird die Basis für das Nachnutzungskonzept gelegt. Sehr kritisch muss in diesem Zusammenhang noch einmal die Rolle der CDU beleuchtet werden. Erst wollte insbesondere die Reinickendorfer CDU neben Tempelhof auch Tegel offen halten, dann sollte Tegel ein Regierungsflughafen werden. Danach wollte man erst mal abwarten und jetzt würde man auch eine Spedition auf dem Gelände ansiedeln. Das beschlossene Konzept für Tegel sieht vor, dass vor allem der Wirtschaftsstandort Berlin gestärkt wird. Hierzu ist die Ansiedlung von Zukunftstechnologien und von Gewerbe vorgesehen, mit dem Ziel, dass viele neue Arbeitsplätze entstehen. Die Naturflächen sollen ausgeweitet werden und eine Wiederaufforstung im Nordbereich soll geschaffen werden. Das Landschaftsschutzkonzept für den Bereich Flughafensee wird gesichert.

Bei der Nachnutzung soll auch neuer Wohnungsbau insbesondere für Familien entstehen. Die Cité Pasteur bleibt als Wohngebiet erhalten, denn es dürfen nicht diejenigen bestraft werden, die jahrelang den Fluglärm ertragen haben. Im Bereich Mäckeritzwiesen wird aus der Duldung der Wohnhäuser durch den Flächennutzungsplan Rechtssicherheit für die Anwohner gewährleistet. Dringend erforderlich ist, die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft, die das Planungskonzept insbesondere bezogen auf die Industrieansiedlungen realisiert. Hier müssen gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen entwickelt werden. Wichtig wäre für den Standort auch die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, deshalb wäre es richtig, wenn die Beuth-Schule zum Teil auf dem ehemaligen Flughafengelände angesiedelt werden würde. Auch die Firma Siemens könnte sicherlich angesprochen werden, wegen der Nähe zu Siemensstadt. Durch die vorhandene Stadtautobahn ist eine gute verkehrliche Anbindung gegeben, im Bereich des ÖPNV bleibt jedoch noch einiges zu tun.

Die Nachnutzung des Flughafen Tegels hat somit sowohl wirtschaftliche als auch städtebauliche Aspekte für Berlin.

Jörg Stroedter, MdB

Im Juni 2012 wird der Flughafen Tegel geschlossen.

Der Großflughafen ist das wichtigste Infrastrukturprojekt Berlins.

Eine optimale Nachnutzung wird gefunden.

Mit Verabschiedung des Flächennutzungsplanes für Tegel wird die Basis für das Nachnutzungskonzept gelegt.

Das Konzept für Tegel sieht vor, dass der Wirtschaftsstandort Berlin gestärkt wird.

Eine Ansiedlung von Zukunftstechnologien und von Gewerbe ist vorgesehen.

Die Cité Pasteur bleibt als Wohngebiet erhalten.

Die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft ist erforderlich.

Durch die vorhandene Stadtautobahn ist eine gute verkehrliche Anbindung gegeben

„Eine Parteireform ersetzt nicht gute Politik“

Mit dem Wahldebakel von 2009, glaubte die SPD einen internen Erneuerungsprozess einleiten zu müssen. Anstatt sich Fehler in der eigenen Politik einzugestehen (mindestens die Mehrwertsteuererhöhung kann als irreparabler Schaden anerkannt werden), startete der neue Parteivorstand mit Ortsvereinsumfragen, um auf deren Grundlagen den Erneuerungsprozess einzuleiten. Schon hier hätte die Frage gestellt werden können, warum nicht die Mitglieder, sondern die Funktionäre zu Rate gezogen wurden. Hatte man Angst vor der Meinung der Basis? Oder wollte man die simple Begründung für den Mitgliederschwund nicht hören, der eher auf den demographischen Wandel zurückzuführen ist, als auf grundsätzlicher Ablehnung sozialdemokratischer Programmatik? Schließlich beruht der Erfolg einer Partei nicht auf der quantitativen Anzahl der Mitglieder, sondern auf deren Aktivitäten und ihrem Engagement.

Der Erfolg einer Partei beruht nicht auf der quantitativen Anzahl der Mitglieder, sondern auf deren Aktivitäten und ihrem Engagement.

Die Situation heute erinnert ein wenig an das Ende der sozialliberalen Ära und die unendlichen Regierungsjahre von Helmut Kohl, in denen die SPD zunächst einmal gezwungen war, wieder zu sich selbst zu finden. Dabei bleibt unbedacht, dass dem Wähler mit den Grünen inzwischen eine wählbare Alternative dauerhaft zur Verfügung steht (anders als in den 80ern). Diesem Wettkampf muss sich die SPD zügig stellen und darf nicht mehr allzu lange mit sich und ihren Interna beschäftigt bleiben. Nur wenn es der Sozialdemokratie schnell gelingt, Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, wird sich verhindern lassen, dass Angela Merkel noch sehr lange Kanzlerin bleibt – notfalls in einer Schwarz-grünen Konstellation.

Die SPD muss sich dem Wettkampf mit den Grünen zügig stellen. Nur wenn es der gelingt, schnell Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, wird sich verhindern lassen, dass Angela Merkel noch sehr lange Kanzlerin bleibt.

Was also ist zu tun? Richtig ist, dass sich die Partei erneuern muss, um neue Organisationsformen zu ermöglichen. Mehr Demokratie, aber auch eine offene Diskussionskultur – intern, wie nach außen – sind von Nöten. Dazu gehört es, die Mitglieder zu stärken und weniger Beschlüsse durch zu regieren. Richtig ist aber auch, dass „eine nötige Parteireform, nicht gute Politik ersetzen kann.“ Und die aktuellen Vorschläge aus dem Parteivorstand bzgl. der angestrebten Parteireform scheinen eher auf dem Misstrauen gegenüber den Mitgliedern zu beruhen, denn ihrer gewollten Stärkung. Wer die Mitglieder ihrer immanenten Mitgliederrechte (bei der Wahl von Kandidatinnen und Kandidaten zum Beispiel) berauben will, der signalisiert damit nur, dass er sie für inkompetent hält, die richtigen Personal- und inhaltlichen Entscheidungen zu treffen. Wer Außenstehenden, mitunter (und sehr wahrscheinlich in größerem Maße) politischen Gegnern, das Recht der Wahl unserer eigenen Kandidatinnen und Kandidaten einräumen will, der muss sehr weit von den Realitäten und Vorstellungen der Basis entfernt sein.

Die Vorschläge des Parteivorstands scheinen eher auf Misstrauen gegenüber den Mitgliedern zu beruhen, denn ihrer Stärkung. Wer die Mitglieder ihrer immanenten Mitgliederrechte berauben will, der signalisiert damit nur, dass er sie für inkompetent hält.

Der Erfolg einer Partei beruht nicht auf der quantitativen Anzahl der Mitglieder, sondern auf deren Aktivitäten und ihrem Engagement.

Die SPD muss sich dem Wettkampf mit den Grünen zügig stellen. Nur wenn es der gelingt, schnell Regierungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, wird sich verhindern lassen, dass Angela Merkel noch sehr lange Kanzlerin bleibt.

Die Vorschläge des Parteivorstands scheinen eher auf Misstrauen gegenüber den Mitgliedern zu beruhen, denn ihrer Stärkung. Wer die Mitglieder ihrer immanenten Mitgliederrechte berauben will, der signalisiert damit nur, dass er sie für inkompetent hält.

Politik, die nah bei den Menschen sein soll, wird weder im Internet, noch in der Talkshow gemacht! Sie wird auf der Straße, im Betrieb und in der Kneipe gemacht – und zwar von Angesicht zu Angesicht. Dafür bedarf es nicht irgendwelcher Partizipationsrechte für Nicht-Mitglieder, sondern eines guten Gehörs und der Bereitschaft, die Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen. Beides hat die SPD in der Vergangenheit vernachlässigt. Symptomatisch dafür steht der Umgang mit dem Parteiordnungsverfahren gegen Thilo Sarrazin. Unabhängig von seiner Person, manifestiert sich an ihm die Annahme, das politische Establishment höre dem „kleinen Mann auf der Straße“ nicht mehr zu. Das trifft insbesondere auf traditionell SPD-nahe Wählerschaften zu, die heute vermehrt dem Nicht-Wählerbereich zuzuordnen sind: Facharbeiter, Kleinbürger, Handwerker, BILD-Zeitungsleser, Nicht-Akademiker, sprich: Das gesamte sozial-konservative Milieu. Um diese zu mobilisieren müsste man das Rad nicht neu erfinden, sondern endlich die nötige Gesprächsbereitschaft signalisieren, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen und Lösungen authentisch vertreten zu wollen – beides haben weite Teile der Parteispitze vermissen lassen.

Politik, die nah bei den Menschen sein soll, wird von Angesicht zu Angesicht gemacht. Um das sozialkonservative Klientel zu mobilisieren, muss man das Rad nicht neu erfinden.

Politik, die nah bei den Menschen sein soll, wird von Angesicht zu Angesicht gemacht. Und um das sozialkonservative Klientel zu mobilisieren, muss man das Rad nicht neu erfinden.

Was also wird vom Reformvorhaben bleiben? Die Einbindung von Nicht-Mitgliedern in inhaltliche Diskussionen ist seit jeher selbstverständlich – auf sie müsste gar nicht speziell hingewiesen werden. Ohne das übergreifende Gespräch mit Akteuren aus Gesellschaft und Wirtschaft, Kunst und Kultur, den Vereinen und Institutionen, ist Politik gar nicht möglich. Wenn der einzelne Bürger auf der Straße ein Forum fände, in dem auch er Gehör finden würde, dann wäre der SPD ein Schritt Richtung Verankerung gelungen.

Die Einbindung von Nicht-Mitgliedern in inhaltliche Diskussionen ist selbstverständlich.

Die Einbindung von Nicht-Mitgliedern in inhaltliche Diskussionen ist selbstverständlich.

- Eine Einbindung von Nicht-Mitgliedern in interne Organisations- und Auswahlverfahren ist jedoch nicht nötig und aufgrund des Wahlrechts auch gar nicht möglich. Das mag ein Trost sein. Es ist vor allem offensichtlich – und insofern bedenkenswert –, dass der Parteivorstand seine Vorschläge weder durchdacht, noch mit den Mitgliedern diskutiert hat. Wenn das Willy-Brandt-Haus als SPD-Bundeszentrale nur noch dafür genutzt wird, alle paar Wochen „eine neue Sau durchs Dorf zu treiben“, dann sollte eher über eine Stärkung der regionalen Strukturen in den Kreisen und Bezirksverbänden nachgedacht werden, die im Sinne „nah bei den Menschen zu sein“, ohnehin viel eher in der Lage sind, Stimmungen und Strömungen in der Bevölkerung aufzunehmen und auf diese angemessen zu reagieren, als das „Raumschiff WBH.“
- Mitgliederentscheide könnten bei hochrangigen Kandidatenfragen eine Rolle spielen, werden das Delegiertenprinzip aber wohl kaum außer Kraft setzen. Bezeichnenderweise hatten sich die hessischen SPD-Mitglieder 2008 mehrheitlich für den Konkurrenten Jürgen Walter entschieden, ehe Andrea Ypsilanti entgegen diesem Votum, die Delegierten auf ihre Seite zog und damit den Mitgliederentscheid missachtete. Wie also umgehen mit derartigen Verfahrensweisen?
- Eine weitergehende Quotierung wird weder Migranten, noch sonstigen Minderheiten mehr Rechte und Chancen einräumen. Wann und wo wäre hierbei die Grenze zu ziehen? Bei der sexuellen Ausrichtung? Der Jugend? Den Alten?

Oder den tatsächlich am stärksten unterrepräsentierten: Den Facharbeitern? Und wann müssten wir von einer positiven Diskriminierung sprechen? Die SPD hat über 150 Jahre das Wort „Gleichheit“ groß geschrieben. Dabei sollten wir es belassen.

- Andere Reformideen, wie die Verkleinerung des SPD-Präsidiums sind denkbar, werden aber nicht entscheidenden Anteil am Erfolg bei Wahlen haben – und als solche auch gar nicht von der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Fazit: Die SPD täte gut daran, schnell zu sich zu kommen, ihr inhaltliches Profil gegenüber einer hanebüchenden Politik der Schwarz-gelben Bundesregierung zu schärfen und mutig in die Auseinandersetzungen mit den Konkurrenten von den Grünen zu treten. Dafür bedarf es keiner Organisationsreform bewährter Parteistrukturen. Ein klares Ziel vor Augen, eine kluge und durchdachte Strategie, die richtigen Inhalte, solidarischen Gemeinsinn und keine Angst vor den Bürgern – das ist es, was die SPD braucht und was sie mittelfristig wieder stark machen wird.

Die SPD täte gut daran, schnell zu sich zu kommen. Es bedarf keiner Organisationsreform, sondern eines Ziels vor Augen, einer durchdachten Strategie und keine Angst vor den Bürgern.

Dirk König

Die SPD täte gut daran, schnell zu sich zu kommen. Es bedarf keiner Organisationsreform, sondern eines Ziels vor Augen, einer durchdachten Strategie und keine Angst vor den Bürgern.

Das Landesdenkmalamt zeigt sich überfordert

Zur Blockade der Rekonstruktion des Glienicker Schlosses im Geiste des Denkmalschutzes

Die Generalsanierung des Jagdschlusses Glienicke, notwendig geworden, um die Schäden eines Brandens zu beheben, weckte in großen Kreisen der Bevölkerung, aber auch der Nutzer der Einrichtung selbst und in Kunst- und Architektenkreisen die Hoffnung, dieses Bauwerk könne in diesem Zuge von seinen provokativen Verunstaltungen aus den 60er Jahren befreit werden.

Das Jagdschloss Glienicke, eines der wenigen alten Bauten, die der Krieg verschonte, geriet nach dem Mauerbau 1961 in den Blickpunkt der Städteplaner und Architekten. Das Schlossareal, durch den Verlauf der Mauer in seiner Durchwegung eingeschränkt, sollte in den 60er Jahren abgerissen werden und durch einen Neubau für eine moderne Jugendeinrichtung ersetzt werden. Dieses Vorhaben scheiterte nicht etwa an dem Einspruch der Denkmalbehörde, sondern an den Kosten für einen Neubau. Wenn schon kein Abriss, durfte Taut unter dem Applaus des damaligen Landeskonservators wenigstens die Bausubstanz umnutzen und jenen berüchtigten und unfunktionalen Glaskörper in die Fassade einfügen, der seither nicht nur ästhetisch das Gebäude beeinträchtigte, sondern auch baulich mit Mängeln behaftet war.

Die BVV Steglitz/Zehlendorf samt Bezirksamt haben sich einstimmig für eine Rekonstruktion des Schlosses ohne die verunstaltenden Glasbauten ausgesprochen, ebenso wird diese Haltung in weiten Kreisen der Kulturverwaltung und in der Öffentlichkeit ohnehin, geteilt.

Allein der Landeskonservator setzt den Buchstaben des Gesetzes nach wie vor über den Geist desselben und geht in seinem Machtbestreben sogar soweit, die Eingangspergolen und Flachdachgänge, die auf Wunsch der Gartendenkmalpflege abgerissen wurden, um den Lennéschen Park zu rekonstruieren, wieder gegen ihren Willen zu errichten.

Lebendige und zeitgemäße Denkmalspflege hätte bei der Sanierung des Jagdschlusses Glienicke die Chance, Versäumnisse der Denkmalspflege aus vergangener Zeit zu beheben, eine arrogant herbeigeführte Wunde zu heilen und in Verehrung für den Architekten Taut ein Werk zurückzubauen, welches Taut – dessen bin ich mir sicher – heute ungeschehen hätte machen wollen.

Der Senat ist aufgerufen, eine Entscheidung zu treffen, die dem Geist und nicht dem Buchstaben des Denkmalschutzes verpflichtet ist, und der Denkmalsschutzbehörde die Grenzen ihrer Unbeweglichkeit aufzuzeigen.

Denkmalschutz, der Entscheidungen nicht in den Kontext konkreter Herausforderungen stellt, rechtfertigt keine Behörde. Dann muss nur alles so bleiben wie es ist. Dafür brauchen wir keine gut bezahlten Beamten.

Torsten Hilse (MDA)

Die Generalsanierung weckte die Hoffnung, dieses Bauwerk könne von seiner provokativen Verunstaltung befreit werden.

Das Schlossareal sollte in den 60er Jahren abgerissen werden und durch einen Neubau ersetzt werden. Dieses Vorhaben scheiterte an den Kosten für einen Neubau, nicht am Einspruch der Denkmalpflege.

Die BVV Steglitz/Zehlendorf samt Bezirksamt haben sich einstimmig für eine Rekonstruktion des Schlosses ohne die verunstaltenden Glasbauten ausgesprochen

Zeitgemäße Denkmalspflege hätte die Chance, Versäumnisse der Denkmalspflege aus vergangener Zeit zu beheben.

Der Senat ist aufgerufen, der Denkmalsschutzbehörde die Grenzen ihrer Unbeweglichkeit aufzuzeigen.